



GLOSSIERT

Sommer-Protest

Verdammt lang her, dass Protestsongs unsere Gemüter erwärmen. Schade drum, denn es gab wunderschöne. Beispielsweise „The City Of New Orleans“, mit denen sich Folklegende Arlo Guthrie mit glockenheller Stimme, später John Denver und Johnny Cash über die Schließung der 1500 Kilometer langen Zugverbindung zwischen Chicago und New Orleans empörten. Mit dem Aufruf „Good Morning, America, how are you?“ sangen sie vom fliegenden Teppich aus Stahl, auf dem Mütter und Babys im Takt der Räder atmeten, während die Väter Karten spielten und in Packpapier eingewickelte Flaschen kreisen ließen. Der Erfolg des Songs trug dazu bei, die Bahnstrecke doch zu erhalten. Über die Niederlande wanderte das Lied auch nach Deutschland. Protestsong auch hier, aber er richtete sich nicht gegen die Bahn, obwohl die auch schon früher genug Anlass bot, sondern, etwas allgemeiner, gegen das bescheidene Wetter. Von einem zuckrigen Mädchenchor und schmachdenden Streicherklängen begleitet, wettete Rudi Carrell, tief ins wärmende Cordsakko eingemummelt, gegen fehlende Bräune, Nässe und sibirische Temperaturen – zwischen Juni und September. Das war 1975, Titel des Liedes: „Wann wird's mal wieder richtig Sommer“. Untertitel: „So wie er früher einmal war“. Die Erinnerung daran macht die Hitze dieses Jahrhundertssummers keinen Hauch erträglicher. Aber sie bietet vielleicht Anlass, über eine neue Ära der Protestlieder nachzudenken. Enrico Santifaller

HEUTE IM BLATT

Mord erschwert Friedensprozess

Der Mord an einem prorussischen Separatistenführer in der Ostukraine hat die Bemühungen um eine Friedenslösung weiter zurückgeworfen. **Seite 3**

Die Fernbedienung stirbt bald aus

Die Sprachsteuerung hält auch in Deutschlands Wohnzimmern Einzug. Bald werden wir Fernseher und Stereoanlagen mit der Stimme steuern. **Seite 4**

15 000 rockten gegen Rechts

Es war ein ebenso klares wie lautstarkes Signal gegen Rassismus: Rund 15 000 Besucher kamen zu Rock gegen Rechts auf dem Opernplatz. **Seite 7**

Radspur sorgt für Römer-Streit

Auf der Kurt-Schumacher-Straße muss der Autoverkehr eine Spur an die Radler abgeben. Das sorgt für Streit im Römer. **Seite 8**

Ernüchterte Eintracht

Torwart Kevin Trapp überzeugte beim Comeback, dennoch unterlag Eintracht Frankfurt in der Fußball-Bundesliga gegen Werder Bremen mit 1:2. **Seite 21**

GESICHT DES TAGES

Absage an die Parteikollegin

Die Linken-Vorsitzende Katja Kipping will sich nicht der neuen linken Sammelbewegung von Parteikollegin Sahra Wagenknecht anschließen. „Ich persönlich werde nicht Mitglied bei ‚Aufstehen‘ werden“, sagte Kipping gestern. Wagenknecht will morgen ihre Bewegung vorstellen. **Seite 2**



DIE GUTE MELDUNG

Titanwurz blüht wohl erneut

Stuttgart. Eigentlich kommt das Schauspiel nur etwa alle sieben Jahre vor – doch die Titanwurz in der Stuttgarter Wilhelma könnte nun schon zum zweiten Mal innerhalb weniger Wochen blühen. „Eine neue Knolle strebt mit ihrem Trieb ihrer Hochphase zu“, teilte die Wilhelma mit. Erst Ende Juni hatte die Titanwurz-Blüte Tausende Besucher in den botanischen Garten gelockt. Das nächste Mal dürfte es in der Nacht vom 6. auf den 7. September so weit sein. **dpa**

Morgens 15° Mittags 22° Abends 21°
Tiefsttemperaturen der kommenden Nacht: 14°

So erreichen Sie uns

Anschrift: 60327 Frankfurt am Main, Frankennallee 71-81
Internet: www.fnp.de
Redaktion: Telefon: (069) 75 01-0, Fax: (069) 75 01-4292
E-Mail: redaktion@fnp.de
Abo-Service/Zustellung: Telefon: (069) 75 01-44 80
Fax: (069) 75 01-44 90, leserservice@fnp.de, www.fnp.de/abo
Anzeigen: Telefon: (069) 75 91-33 36, Fax: (069) 75 91-33 37
E-Mail: rmm-anzeigen@rheinmainmedia.de



4 190263 701908

Maas: Die Mehrheit muss aufstehen

Gesellschaft Außenminister fordert Bürger zu mehr Engagement im Kampf gegen Rechtsextremismus auf

Wieder wird in Chemnitz demonstriert. Tausende protestieren gegen Fremdenhass, noch mehr aber gegen die Flüchtlingspolitik. Mehr Zivilcourage fordert nun Außenminister Maas. Die Demo der vereinten Rechten befeuert die Debatte über die Überwachung der AfD.

Chemnitz. Außenminister Heiko Maas hat nach fremdenfeindlichen Demonstrationen in Chemnitz mehr Einsatz der Bürger für Demokratie und gegen Rassismus gefordert. „Es hat sich in unserer Gesellschaft leider eine Bequemlichkeit breitgemacht, die wir überwinden müssen“, sagte der SPD-Politiker der „Bild am Sonntag“. „Da müssen wir dann auch mal vom Sofa hochkommen und den Mund aufmachen. Die Jahre des diskursiven Wachkomas müssen ein Ende haben.“

Rund eine Woche nach dem tödlichen Messerangriff auf einen Deutschen in Chemnitz – tatverdächtig sind ein Iraker und ein Syrer – und den darauf folgenden ausländerfeindlichen Ausschreitungen waren am Samstag nach Angaben der Polizei rund 8000 Gegner der Flüchtlingspolitik der Bundesregierung, Rechte und Neonazis durch die sächsische Stadt gezogen. Ihnen stellten sich rund 3000 Gegendemonstranten entgegen. Dabei kam es teils auch zu gewalttätigen Konfrontationen. Nach Polizeiangaben wurden 18 Menschen verletzt, darunter drei Beamte.

Heute wollen bekannte Bands wie die Toten Hosen, Kraftklub und K.I.Z. bei einem Konzert in Chemnitz ein Zeichen gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus setzen.

Lob für die Polizei

Die AfD und das ausländerfeindliche Bündnis Pegida hatten am Samstag einen gemeinsamen Marsch veranstaltet. Diesem schlossen sich auch Unterstützer der rechtspopulistischen Bürgerbewegung Pro Chemnitz an. An den Gegenprotesten nahmen Bundespolitiker wie SPD-Generalsekretär Lars Klingbeil und Grünen-Chefin Annalena Baerbock teil. Rund 1800 Polizisten waren im Einsatz. Die sächsischen Beamten wurden von Kollegen aus mehreren Bundesländern und der Bundespolizei unterstützt – nachdem sie bei früheren Demonstrationen unterbesetzt waren.

Sachsens Ministerpräsident Michael Kretschmer dankte der Polizei, die mit



Demonstranten in Chemnitz sind einem Aufruf der Evangelisch-Lutherischen Kirche gefolgt. Die Zusammenkunft stand unter dem Motto „Wir in Chemnitz – aufeinander hören, miteinander handeln“. Foto: dpa

„beherztem Eingreifen“ das Gewaltmonopol des Staates behauptet habe. „Für mich sind Rechtsextremisten die größten Feinde der Demokratie“, sagte der CDU-Politiker am Sonntag bei einer Kundgebung der evangelischen Kirche vor dem Rathaus der Stadt. Er wisse um ein breites Bündnis dagegen. „Es gibt eine andere Stimmung hier und in Deutschland.“ Es gelte, deutlich zu machen, wo die Mehrheit ist. Er warb für einen Dialog auch über kritische Themen, in Anstand und Ruhe. „Wir brauchen Differenzierungen statt Pauschalisierung.“ Wie Maas mahnte auch Kretschmer: „Die Mehrheit muss lauter werden.“

Gewalt gegen Marburger

Abseits der Demonstrationen war ein 20-jähriger Afghane von vier Vermummten geschlagen und leicht verletzt worden. Die Chemnitzer Polizei geht ferner der Anzeige eines MDR-

Teams nach. Der Sender sprach von einer „Attacke“ und einem Angriff auf zwei Reporter, wobei einer verletzt wurde.

Die Polizei ermittelt zudem im Fall einer Attacke auf eine Gruppe der SPD

Marburg. SPD-Bundestagsfraktionsvize Sören Bartol berichtete auf Twitter, seine Gruppe sei „auf dem Weg zum Bus von Nazis überfallen“ worden. Die Polizei sei schnell da gewesen und habe die Gruppe zum Bus begleitet. Bar-

tol selbst war nach eigenen Angaben nicht mehr dabei.

Angesichts der AfD-Beteiligung an fremdenfeindlichen Demonstrationen in Chemnitz wurden Rufe nach einer Beobachtung der Partei durch den Verfassungsschutz lauter. So erklärte Grünen-Chefin Baerbock eine solche Maßnahme für „dringend geboten“. Unionsfraktionschef Volker Kauder (CDU) sah in der „Welt am Sonntag“ die AfD als Partei, „aus der heraus Beihilfe zum Rechtsradikalismus geleistet wird“. Der SPD-Innenpolitiker Burkhard Lischka plädierte dafür, Teile der Partei überwachen zu lassen. Auch Linken-Chefin Katja Kipping sprach sich für eine Beobachtung aus; die Vorsitzende der Bundestagsfraktion der Partei, Sahra Wagenknecht, lehnte dies hingegen ab. Innenminister Horst Seehofer (CSU) hält ebenfalls nichts von einem solchen Vorgehen. **dpa**

Seiten 2 und 3

Mehr Tötungsdelikte durch Ausländer

Ausländer haben laut Daten des Bundeskriminalamtes (BKA) im vergangenen Jahr mehr deutsche Staatsbürger getötet als im Jahr zuvor. In 83 Fällen war das Opfer deutscher Nationalität, während mindestens ein Tatverdächtiger kein Deutscher war, berichtete die „Welt am Sonntag“ unter Berufung auf BKA-Zahlen. 2015 waren es 52 solche Fälle gewesen, 2016 waren es 62. Vergleichbare Daten gibt es erst seit 2013, als 67 solche Fälle gezählt wurden. Die Tötungsdelikte

durch Ausländer machen insgesamt nur einen Bruchteil aus. Insgesamt fielen 2017 in Deutschland 731 Menschen einem Mord oder Totschlag zum Opfer. Aus der Statistik geht laut der Zeitung auch hervor, dass im vergangenen Jahr weniger Ausländer von Deutschen umgebracht wurden als umgekehrt. In 55 Fällen hätten die Opfer keinen deutschen Pass gehabt, während mindestens ein Tatverdächtiger Deutscher gewesen sei. **trr**

Rentenbeitrag steigt bis 2023

Berechnung ohne neue Leistungen wäre er gesunken

Berlin. Nach der Einigung der Koalition auf das Rentenpaket geht die Deutsche Rentenversicherung davon aus, dass der Beitragssatz spätestens im Jahr 2023 steigen wird. „Dann rechnen wir damit, dass eine Anhebung von derzeit 18,6 auf bis zu 19,3 Prozent notwendig wird“, sagte Präsidentin Gundula Roßbach dem Redaktionsnetzwerk Deutschland. Die Deutsche Rentenversicherung wies ergänzend darauf hin,

dass der Beitragssatz nach den Berechnungen erfreulicherweise über einen relativ langen Zeitraum stabil bleiben kann. „Und das auf einem Niveau wie in den achtziger Jahren“, hieß es in einer Stellungnahme. „Grund für diese Entwicklung ist vor allem die sehr positive Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt und bei den Löhnen.“

Präsidentin Roßbach sagte, ohne die von der Bundesregierung vereinbarten

Leistungsausweitungen – etwa die Mütterrente II – wäre eine Senkung des Beitragssatzes um bis zu 0,3 Prozentpunkte möglich gewesen. „Jetzt haben wir eine neue Lage.“ Das vom Bundeskabinett auf den Weg gebrachte Rentenpaket sieht unter anderem vor, dass das aktuelle Rentenniveau von 48 Prozent bis 2025 stabilisiert werden soll. Der Beitragssatz soll nicht über 20 Prozent steigen. **dpa**

Abschied von McCain ohne Trump, aber mit Obama

Washington. In Abwesenheit von Präsident Donald Trump haben führende Persönlichkeiten aus Politik und Gesellschaft in Washington Abschied vom verstorbenen US-Senator John McCain genommen. Die Trauerfeier in der Nationalen Kathedrale setzte auch ein Zeichen der Überparteilichkeit gegen die Politik Trumps, der währenddessen Golf spielte. Der demokratische Ex-Präsident Ba-

rack Obama und sein republikanischer Amtsvorgänger George W. Bush würdigten McCain. „Er hat uns zu besseren Präsidenten gemacht, so wie er den Senat besser gemacht hat, so wie er dieses Land besser gemacht hat“, sagte Obama. McCain war vor einer Woche im Alter von 81 Jahren an einem Gehirntumor gestorben. Der Republikaner war der schärfste innerparteiliche Gegner Trumps. **dpa**

Seite 3

Gericht urteilt über Diesel-Fahrverbot in Frankfurt

Frankfurt. Zum ersten Mal entscheidet am Mittwoch ein Gericht über ein Diesel-Fahrverbot für eine hessische Stadt. Zunächst geht es um Frankfurt, doch auch für andere Städte wird noch verhandelt.

Die Deutsche Umwelthilfe (DUH) hat das Land verklagt, weil in vier Städten die Stickoxid-Grenzwerte überschritten wurden. Das Wiesbadener Verwaltungsgericht verhandelt über den Luftreinhalteplan von Frankfurt. Der Plan muss dafür sorgen, dass die Grenzwerte auf Dauer und sicher eingehalten werden. Es wird erwartet, dass nach der mündlichen Verhandlung noch am selben Tag ein Urteil verkündet wird.

Das Verfahren ist der Auftakt für zwei weitere Gerichtsverhandlungen in Hessen. **Seite 5**

Lindner fordert Änderung bei Doppelpass

Gesellschaft Enkel-Generation soll sich laut FDP entscheiden müssen

Viele Menschen haben mehr als eine Heimat – und manche haben mehr als einen Pass. Hierzulande geborene Nachfahren von Einwanderern können in der Regel zwei Staatsbürgerschaften haben. FDP-Chef Lindner fordert neue Regeln.

Berlin. FDP-Chef Christian Lindner will nur den ersten beiden Generationen von Einwanderern nach Deutschland die doppelte Staatsbürgerschaft zugestehen. „Für die Einbürgerung in der ersten Generation muss die doppelte Staatsangehörigkeit möglich sein, weil wir sonst hochqualifizierte Talente auf der Welt nicht auf Dauer bei uns beheimaten können“, sagte er. „Aber in der Generation der Enkel muss das enden. Dann muss man sich entscheiden, auch für die Zu-

gehörigkeit zu einer Gesellschaft, ja oder nein“, erläuterte der Partei- und Fraktionsvorsitzende der FDP. „Ich bin dafür, dass wir eine Diskussion führen über ein anderes Staatsangehörigkeitsrecht. Das gehört auch in eine Integrationsdebatte hinein.“

Lindner wies darauf hin, dass gegenwärtig ein Einwanderer bei der Einbürgerung seine alte Staatsangehörigkeit häufig abgeben muss. „Es gibt aber familiäre Bindungen in der ersten Generation oder auch rechtliche Fragen, etwa im Zusammenhang mit Eigentum und Erbschaften in der alten Heimat. Hier auf eine doppelte Staatsangehörigkeit zu verzichten, ist ein Integrationshemmnis.“

Ziel sollte ein neues Staatsangehörigkeitsrecht sein. „Dazu gehört: mehr doppelte Staatsangehörigkeiten, mehr

Doppelpässe in der ersten Generation und auch noch bei den Kindern zu tolerieren. Spätestens bei den Enkeln muss aber die Frage gestellt werden: Wohin wollt Ihr Euch orientieren?“

In Deutschland hatten nach Zahlen



FDP-Chef Lindner Foto: dpa

des Statistischen Bundesamtes 2017 mindestens 1,795 Millionen Menschen neben dem deutschen noch einen anderen Pass. Die tatsächliche Zahl der Menschen mit Doppelpass ist nach Einschätzung des Statistikamtes noch höher, weil nicht jeder Befragte die zusätzliche ausländische Staatsbürgerschaft angegeben haben dürfte. Die meisten Deutschen mit Doppelpass (1,366 Millionen) waren zugleich Bürger eines anderen EU-Staates.

Für Bürger anderer EU-Staaten wie auch für Schweizer ist der Doppelpass in Deutschland kein Problem. Bei vielen anderen Ländern sind doppelte Staatsbürgerschaften nur im Ausnahmefall möglich, etwa wenn den Betroffenen andernfalls erhebliche wirtschaftliche Nachteile entstehen würden. **dpa**